

«Der Kanton muss sich Gehör verschaffen»

Volkswirtschaftsdirektor Ernst Stocker (SVP) will dafür sorgen, dass die Anliegen des Kantons zur Kenntnis genommen werden – sei es im Fluglärmstreit mit Deutschland oder im Kampf um den Brüttener Tunnel in Bern.

ZÜRICH – 100 Tage im Amt: Frisch gebackene Regierungs- oder Stadträte benutzen diesen Termin gerne, um sich in Szene zu setzen – als witzige, rhetorisch brillante oder beschlagene Politiker. Anders Volkswirtschaftsdirektor Ernst Stocker (SVP), vor drei Monaten noch Landwirt und Gemeindepräsident in Wädenswil. Sein gestriger Medienauftritt, der erste grössere, blieb nüchtern, trocken und spröde. Alles andere wäre nach Stockers Auftritten im Wahlkampf allerdings eine Überraschung gewesen.

Stocker ist definitiv kein Showman. Medienwirksam ausschlagen mochte er nicht einmal das, was perfekt in sein bodenständiges Image passen würde: Seine gelegentlichen Einsätze daheim im Stall als Kühe melkender Regierungsrat. Hätte ihn die Radiojournalistin nicht darauf angesprochen, wäre auch dieser Farbtupfer aus dem Privatleben unerwähnt geblieben. «Wissen sie, Kühe beruhigen», erklärte er schmunzelnd ins Mikrofon, als die Medienkonferenz vorbei war.

Den offiziellen Teil der 100-Tage-Bilanz bestritt Stocker so, wie es unterdessen etliche Regierungsglieder tun: Sie verlesen – frei von rhetorischen Ambitionen – einen hochdeutsch abgefassten Redetext in Mundart. Stocker streifte in seinem Text und in der anschliessenden Fragerunde folgende Themen:

■ **Wirtschaftsstandort:** Die Pflege und Förderung des Wirtschaftsstandortes gehöre zu den wichtigsten Schwerpunkten seiner Arbeit, sagte Stocker. Dabei erwähnte er, dass die Funktion der Standortorganisation Greater Zurich Area derzeit neu definiert und ein entsprechender Kreditantrag an den Kantonsrat Ende Jahr vorliegen soll.



Ernst Stocker spricht von ermutigenden Signalen für den Brüttener Tunnel. Bild: key

■ **Veloförderung:** Das von Vorgängerin Rita Fuhrer aufgegleiste Programm soll bald dem Kantonsrat vorgelegt werden. «Es ist mir wichtig, dem Programm eine Mehrheit im Rat zu sichern», sagte Stocker, dessen Par-

tei nichts wissen will vom Veloanwalt, der Teil des Programms sein soll.

■ **Strassen:** Er werde sich für alle wichtigen Vorhaben beim Bund einsetzen, sagte Stocker. Er nannte unter anderem den Ausbau der Nordumfah-

rung, die Glattalautobahn, den Ausbau der A1 in Winterthur, die A4 zwischen Winterthur und Andelfingen sowie die Aufnahme der Oberlandautobahn ins Nationalstrassennetz.

■ **Bahn:** Unvermindert setzt Stocker auf den Brüttener Tunnel zwischen Zürich und Winterthur. Dies im Einklang mit seiner Vorgängerin, der Regierung und der Mehrheit im Kantonsrat. «Wir haben Signale aus Bern, die besagen, dass der Brüttener Tunnel wichtig ist», sagte er. Allerdings fehlte der Tunnel in der Präsentation des Bundes zu Bahn2030 vom letzten März. An dessen Stelle favorisierte der Bund den oberirdischen Ausbau der bestehenden Bahnlinie zwischen Zürich und Winterthur, das also, was auch die VCS-Initiative «Schienen für Zürich» verlangt, die im September zur Abstimmung kommt. Stocker nannte die Initiative einen «Schnellschuss». Präzise Angaben darüber, ob das Zürcher Lobbying für den Tunnel in Bern fruchtet, konnte er nicht machen. «Ich bin zuversichtlich, dass wir den Tunnel erhalten», sagte er. Mit den SBB sei er ständig im Gespräch. Weiter erwähnte Stocker unter anderem die Ausbauten der 4. Teilergänzung S-Bahn, die er vorantreiben will.

■ **Flughafen:** Im Fluglärmstreit mit Deutschland macht Stocker wie seine Vorgängerin auf Optimismus. «Wir haben Deutschland einen Vorschlag gemacht und warten nun auf eine Antwort, die sich offenbar verzögert», sagte er und lobte die guten Kontakte zum nördlichen Nachbarn. Gleichzeitig betonte er, dass die Luftfahrtpolitik Bundessache ist, die Entscheidungsträger also in Bern sitzen. Bei diesen wolle er soweit als möglich Einfluss nehmen. Als Basis für eine Lösung mit Deutschland sieht Stocker die von beiden Ländern bestellte Lärm-analyse, die besagt, dass Deutschland fast keinen Fluglärm hat, die Schweiz hingegen die Hauptlast trägt. «Es ist wichtig, dass der Kanton seine Anliegen laut und deutlich vorträgt und sich Gehör verschafft», ergänzte Stocker mit Blick auf die Verhandlungspartner in Bern und Deutschland.